

Antrag Nr. 12

der **AUGE/UG –Alternative, Unabhängige und Grüne Gewerkschafter:innen Wien**
an die 184. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 4. November 2025

Medienkrise

Maßnahmenpaket gegen die akute Medienkrise – Arbeitsplätze und Demokratiesäule sichern

Der österreichische Journalismus befindet sich in einer akuten strukturellen Krise, die sich im laufenden Jahr durch den bereits erfolgten oder angekündigten Verlust von 300 Arbeitsplätzen dramatisch zuspitzt. Dieser Abbau ist nicht nur ein schwerer Schlag für die betroffenen Arbeitnehmer:innen, sondern stellt eine unmittelbare Gefährdung der Medienvielfalt und somit eine Erosion der vierten Säule der Demokratie dar.

Die Ursachen sind systemisch: Einbrüche am Werbemarkt, der massive Abfluss von Werbeeinnahmen an internationale Technologiekonzerne, die den öffentlichen Diskurs dominieren, ohne journalistische Inhalte zu finanzieren, und eine Presseförderung, die in ihrer jetzigen Form offensichtlich unzureichend ist, um Qualitätsjournalismus und Arbeitsplätze zu sichern.

Während Redaktionen ausgedünnt werden, steigt die Desinformation. Eine funktionierende Demokratie erfordert jedoch einen robusten, vielfältigen und professionellen Informationsjournalismus. Die aktuelle Krise ist ein klares Marktversagen mit gravierenden demokratiepolitischen Folgen.

Die Arbeiterkammer Wien ist als Vertretung aller Arbeitnehmer:innen – einschließlich der 300 betroffenen Journalist:innen und aller Medienschaffenden – aufgerufen, mit

Nachdruck adäquate Lösungsstrategien einzufordern, die über die bisherigen, unzureichenden Maßnahmen hinausgehen.

Die 184. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien möge daher beschließen:

Die Arbeiterkammer Wien fordert die Bundesregierung auf:

- **Einen Soforthilfefonds für jene Journalist:innen einzurichten, die 2025 akut vom Arbeitsplatzverlust betroffen sind. Dieser Fonds muss Stiftungslösungen, Umschulungen sowie gezielte Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen in journalistischen Zukunftsfeldern (z.B. Datenanalyse, KI-Kompetenz) finanzieren, um den Verbleib im Sektor zu sichern.**
- **Die strikte nationale Umsetzung des European Media Freedom Act (EMFA) sowie eine konsequente Regulierung internationaler Tech-Plattformen und Anbieter generativer KI. Es muss sichergestellt werden, dass jene Konzerne, die Milliarden Gewinne mit journalistischen Inhalten erwirtschaften, einen fairen Beitrag zur Finanzierung dieser Inhalte leisten (Leistungsschutzrecht) und zur Vergütung der Urheber:innen verpflichtet werden.**
- **Die Einführung einer klaren und verpflichtenden Kennzeichnungspflicht für Inhalte, die durch Generative KI erstellt wurden, um Transparenz für Konsument:innen und den Schutz des geistigen Eigentums der Medienschaffenden sicherzustellen.**
- **Eine grundlegende Reform der Presseförderung, die Treffsicherheit priorisiert und nicht primär Auflagenstärke, sondern strukturelle Qualitätskriterien, die Existenz von Redaktionen (Arbeitsplätze), Innovation und die Förderung von Ausbildung in den Mittelpunkt stellt.**
- **Die Förderung von nicht-kommerziellen Community-Medien als wesentliche Säule der lokalen Berichterstattung und der Medienvielfalt anzuerkennen und finanziell abzusichern.**

- **Die Vergabe öffentlicher Inserate (Werbeinvestitionen der öffentlichen Hand) vollständig zu transparenthalten und strikt an Kriterien der journalistischen Qualität und der Sicherung von Medienvielfalt zu koppeln, anstatt Werbegelder an internationale Tech-Plattformen ohne publizistischen Auftrag in Österreich abzuleiten.**
- **Die Entwicklung einer gemeinsamen digitalen Infrastruktur für den professionellen Informationsjournalismus in Österreich zu prüfen und zu fördern. Nach Schweizer Vorbild soll diese Infrastruktur (z.B. für Login-Systeme, Suchfunktionen, Distribution) unabhängig vom Staat (etwa durch eine Stiftung) betrieben werden, um auch kleineren Anbietern den Zugang zur digitalen Medienwelt zu sichern und den publizistischen Wettbewerb gegenüber den Tech-Giganten zu stärken.**
- **Sich auf internationaler Ebene (z.B. bei den Vereinten Nationen) dafür einzusetzen, dass freie und sichere Medien als eigenständiges Nachhaltigkeitsziel (SDG) anerkannt werden (analog zur "Initiative 18"), um das Bewusstsein für die systemische Rolle von Journalismus für Demokratie und nachhaltige Entwicklung zu stärken.**

Angenommen ☐	Zuweisung ☐	Ablehnung ☐	Einstimmig ☐	Mehrheitlich ☐
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	---------------------------------------